Drucksache 3401/2020-2025

Altes Rathaus (Erdgeschoss, Zimmer 12)
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Freie Demokratische Partei
FDP im Rat der Stadt Bielefeld

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Bielefeld, den 09.02.2022

„Priorität Klassenraum – Städtisches Bauprogramm richtig aufsetzen“ Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 9 der Sitzung des Rates am 10.02.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu o.g. TOP 9 (Städt. Bauprogramm 2022 ff) stellen wir folgenden Ergänzungsantrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt in Ergänzung zur Beschluss- und Nachtragsvorlage der Verwaltung:

1. Der ISB wird beauftragt, mit den Planungen für die zusätzlichen Grundschulen und die Grundschulausbauten umgehend zu beginnen, um die Anforderungen der Schulentwicklungsplanung zu erfüllen.
2. Um die ermittelten Bedarfe für Gymnasien, Real- und Gesamtschulen zu erfüllen, wird die Planung (Anlage 1) entsprechend angepasst. Insbesondere sind die von der Schulentwicklungsplanung empfohlene Neuerrichtungen von zwei Gymnasien und die Zügigkeitserweiterungen so zu planen, dass die Anforderungen der Schulentwicklungsplanung erfüllt werden.
3. Die Baumaßnahme Martin-Niemöller-Gesamtschule (Nr. 59 der Anlage 1) wird zurückgestellt, die entsprechenden Planungsarbeiten werden umgehend gestoppt. Es wird geprüft, ob die Kapazitäten der achtzügigen Schule sowie des für den Neubau vorgesehenen Grundstücks interimsmäßig oder auf Dauer für andere Bedarfsdeckungen eingesetzt werden können.
4. Auf die aufwändige Planung und den dauerhaften Einbau dezentraler stationärer Luftfilteranlagen in einem Teil der Grundschulen wird verzichtet. Die dafür vorgesehenen Finanzmittel werden zur Anschaffung mobiler Luftfilteranlagen für alle Grundschulen verwendet, die Planungskapazität zur Schaffung von Grundschulplätzen eingesetzt.
5. Der ISB wird gebeten, sinnvolle Unterbrechungsmöglichkeiten des Umbaus an der Gesamtschule Rosenhöhe zu prüfen und dem Betriebsausschuss ISB sowie dem Schul- und Sportausschuss vorzustellen. Die Maßnahme 72, Seilnetzkonstruktion, für € 900.000 wird zurückgestellt.

6. Um das Bauprogramm zügig abzuarbeiten, sind die Bauvorhaben im Rahmen der Totalunternehmenschaft unter Verwendung von Verfahren des Systembaus durchzuführen. Soll hiervon in Einzelfällen abgewichen werden, erfordert dies einen Beschluss in Fachausschüssen und Rat.
7. Bei Erweiterungen bestehender Schulen sind die Schulleitungen und Schulkonferenzen in die Planung einzubeziehen, um die jeweiligen Gebäude bedarfsgerecht zu konzipieren.
8. Das Rechnungsprüfungsamt muss künftig ein deutlich größeres Bauvolumen betreuen und kontrollieren. Hierfür werden noch in 2022 fünf zusätzliche Stellen im Rechnungsprüfungsamt geschaffen, die sich auf die Prüfung und Begleitung des Bauprogramms konzentrieren.
9. Die Verwaltung wird gebeten, je Maßnahme im Bauprogramm nachvollziehbar darzulegen, welche Maßnahmen wie ausfinanziert sind, bzw. ausfinanziert werden sollen und diese Übersicht laufend zu aktualisieren.
10. Der Rat stellt fest, dass Änderungen in der Prioritätenliste im Verlauf des Bauprogramms nur durch politischen Beschluss durch Rat bzw. Ausschüsse möglich sind.

Begründung

Ausreichend Schulraum zur Verfügung zu stellen ist Pflichtaufgabe der Kommunen. Dieser Verpflichtung wird das vorliegende Bauprogramm gemäß den verwaltungsseitig erhobenen und prognostizierten Zahlen nicht gerecht. Der Ausbau der Kapazitäten von Grundschulen und im Anschluss der weiterführenden Schulen muss daher eindeutige Priorität im Bauprogramm erhalten. Andere, vor allem bereits beschlossene Maßnahmen, die keine zusätzlichen Kapazitäten schaffen, müssen daher zurückgestellt werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl-Schwentker
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld